

Stadtverwaltung Lahnstein

Sitzungsvorlage

Drucksachen-Nr.: **BV 17/3351**

Fachbereich	Datum
Fachbereich 1 – Zentrale Dienste, Stadtentwicklung und Kultur	08.11.2017

Beratungsfolge	Sitzungstermin	öffentlich / nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	30.11.2017	N
Stadtrat	14.12.2017	Ö

Mögliche Bundesgartenschau 2031 im Oberen Mittelrheintal; Beschlussfassung der Stadt Lahnstein zur Machbarkeitsstudie, zur Bewerbung um die Durchführung der Bundesgartenschau 2031 und zur Finanzierung der hieraus resultierenden finanziellen Verpflichtungen

Sachverhalt:

Anlässlich der Sitzung des Rates der Stadt Lahnstein vom 13. September 2017 hatte die Verwaltung detailliert über den aktuellen Stand der in den vergangenen 24 Monaten durchgeführten Aktivitäten und angestellten Überlegungen für eine mögliche Bundesgartenschau 2031 im Oberen Mittelrheintal informiert. Auf die Niederschrift über die Ratssitzung vom 13. September 2017 wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.

Dabei wurde u.a. auch zum Ausdruck gebracht, dass im Frühjahr diesen Jahres durch den Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben wurde, die als offizielles Bewerbungsdokument für die Bundesgartenschau 2031 dienen soll.

Die Bearbeitung der Machbarkeitsstudie wurde in insgesamt vier Verbandsversammlungen des Zweckverbandes den kommunalen Mitgliedern vorgestellt. Im Rahmen einer am 7. Oktober 2017 durchgeführten Informationsversammlung wurde den Kommunen zwar das Finanzierungs- und Organisationsmodell für eine mögliche Bundesgartenschau 2031, nicht aber einzelne

Ergebnisse der Studie präsentiert.

In der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Welterbe Oberes Mittelrheintal am 11. Januar 2018 sollen Beschlüsse gefasst werden, nach denen die Machbarkeitsstudie mit einem Finanzierungs- und Organisationsmodell als verbindliche und abschließende Unterlage zur Bewerbung der Bundesgartenschau 2031 anerkannt wird.

In einer vorhergehenden Verbandsversammlung, die am 28. November 2017 stattfinden wird, soll den Verbandsmitgliedern der finale Stand der Machbarkeitsstudie vorgestellt und in gedruckter Form übergeben werden. Auch soll über den Verteilerschlüssel zur Aufbringung des kommunalen Gesamtanteils in Höhe von 14,4 Mio. € zur Finanzierung der Bundesgartenschau beraten werden.

Die entsprechenden Unterlagen werden allen Ratsmitgliedern unmittelbar nach deren Erhalt zugänglich gemacht. Sie sind aus Sicht der Verwaltung unabdingbare Voraussetzung für die vom Zweckverband verfolgte einheitliche Beschlussfassung aller kommunalen Gremien im Welterbegebiet.

Finanzierung:

Entsprechende Mittel zur Finanzierung des Anteils der Stadt Lahnstein an der Bundesgartenschau 2031 im Oberen Mittelrheintal sind ab dem Jahr 2020 in den Haushalt einzustellen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Lahnstein erklärt hiermit gegenüber dem Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal und der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH, die in der BUGA-Machbarkeitsstudie vorgesehenen finanziellen Verpflichtungen ab dem Jahr 2020 zu erbringen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem folgenden Beschlussvorschlag zur Zweckverbandsversammlung am 11. Januar 2018 zur BUGA-Bewerbung zuzustimmen:

1. Der Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal nimmt die vom rheinland-pfälzischen Innenministerium finanzierte BUGA-Machbarkeitsstudie an.
2. Der Zweckverband übernimmt die BUGA-Machbarkeitsstudie als verbindliche, einzige und abschließende Unterlage für die Bewerbung um die Bundesgartenschau im Jahr 2031.
3. Der Zweckverband und seine Kommunen bewerben sich um die Durchführung der Bundesgartenschau 2031.
4. Der Zweckverband wird nach der Zusage durch die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH (DBG) zur Planung und Durchführung der Bundesgartenschau 2031 im Jahr 2018 gemeinsam mit der DBG und den Ausstellerkommunen die Bundesgartenschau 2031 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BUGA 2031 GmbH) gründen; der Zweckverband Welterbe Oberes

Mittelrheintal, die Ausstellerkommunen und die Deutsche Bundesgarten-Gesellschaft mbH werden Gesellschafter zu gleichen Teilen.

5. Die Geschäftsführung der Jahre 2018 bis 2021 soll durch die Entwicklungsgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V. erfolgen.
6. Die BUGA-Geschäftsstelle wird im Jahr 2022 die Arbeit aufnehmen.

(Peter Labonte)
Oberbürgermeister